

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen sind die Kosten ersichtlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Bezugspreis monatlich drei Mark (halbjährlich 14 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernbr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebildete Zeile kostet 0,20 Mark für die Reklamestelle an Inserenten-Annahme wochentags bis 9 Uhr (außer 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, jedoch besteht kein Anspruch auf Lieferung der

ersten Raum 0,30 Mark, für Familien-zeitungsposten Teil einer Zeile 1,50 Mark. Die Expedition Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Preise oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 20. Januar 1928

Nummer 17

## „Ein Hundsfott, wer streift!“

Scheidemann begrüßt den Antistreitgeneral / Die Schiebung abgeschlossen / Verschärfter Kurs gegen die Proleten

### General Groener Reichswehrminister!

Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Götter auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalkontrollrat a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Sämtliche Berichte lassen erkennen, daß sich hier ein geradezu ungeheurer politischer Schacher abspielt. Groener wurde in Hindenburg befohlen und hatte mit ihm eine lange Aussprache. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei hatte ebenfalls mit Hindenburg eine Aussprache. Daß die Deutschnationalen in enger Verbindung mit Hindenburg stehen, brauchen wir nicht zu betonen. Dann marschierte der Zentrumsführer Marx zu einer Besprechung bei Hindenburg auf. Anschließend daran fand eine Besprechung zwischen Marx und den Bürgerblockpartei-Führern statt. Dann mußte Marx wieder bei Hindenburg antreten, und das Resultat war, daß sowohl Deutsche Volkspartei als auch die Deutschnationalen auf ihre Wünsche nach Besetzung des Reichswehrministeriums verzichteten und sich mit Groener einverstanden erklärten.

Die Lösung des ganzen Rätselraums liegt sehr vor: Hindenburg erklärte der Bürgerblockregierung dem Sinne nach folgendes: Er habe mit Groener über sämtliche schwebenden politischen Fragen über die vorliegenden Kolonialfragen, über die Außenpolitik und über die zukünftige Entwicklung der Reichswehr gesprochen. Groener habe sich Hindenburg gegenüber löblich verhalten, daß er die Reichswehr im Sinne Hindenburgs führen werde, und in allen politischen Fragen, besonders aber bei den kommenden Entscheidungen über die Hilfe für die deutsche Landwirtschaft und die Disziplin, sich der Mehrheit des jetzigen Bürgerblockkabinetts anschließen werde. Hindenburg erklärte, daß sämtliche Deutschnationalen und völksparteilichen Bedenken gegen Groener absolut unberechtigt seien.

Für die Charakterlosigkeit und Verlogenheit der Scheinopposition der Sozialdemokratie und der Demokraten ist kennzeichnend, daß Vorwärts, Völkische Zeitung und Berliner Tageblatt jetzt diesen Hindenburg-Groener nach seiner Ernennung und auch nach Bekanntwerden der oben mitgeteilten Tatsachen auf das wärmste verteidigen gegen alle Verleumdungen, die von Deutschnationalen und völksparteilicher Seite geäußert wurden. Das zeigt also, daß die heutigen Scheinoppositionsparteien durchaus mit den Heilen Groeners einig gehen und es mit ihm von vornherein nicht verderben möchten, weil sie ihn in ihren Spekulationen auf eine eventuelle große Koalition natürlich als Wehrminister mit eingerechnet haben.

Für die Arbeiterschaft ist Groener kein Unbekannter. Wir erinnern daran, daß er im Jahre 1917, als die Lage in Deutschland kritisch wurde und die ersten Waffenstreiks gegen den imperialistischen Krieg ausbrachen, den berüchtigten Erlaß herausgab, der überall plakatiert wurde:

„Wer streift, wenn Hindenburg ruft, ist ein Hundsfott!“

Nach am 4. November 1918 erklärte er jeden für einen Schuft, der den Kaiser verläßt, um sich am 10. November auf den Boden der Republik zu stellen und sich mit Ebert zur Niederwerfung der Revolution zu verbinden.

Groener war auch in der Republik schon in drei Kabinetten Reichsvertehrminister und anlässlich des Eisenbahnerstreiks 1921 wurde von einem unabhängigen Reichstagsabgeordneten angesichts der frechen Maßregelungen der Eisenbahner dem Reichstags erklärt:

„Der Eisenbahner mahregelt, ist ein Hundsfott!“

Es besteht also kein Zweifel darüber, wie dieser „unparteiliche Sachminister“ — politisch steht er dem Zentrum nahe, das ihm deshalb in der Germania einen warmen Begrüßungsartikel widmet — mit den schärfsten Mitteln die Reichswehr gegen das Massenbewußte und revolutionäre Proletariat einzupeitschen wird. Das ist um so bedeutungsvoller, als das Jahr 1928 in Deutschland große wirtschaftliche Massenbewegungen bringen wird, als das Bürgerblockkabinett mit dem Gedanken neuer Ermächtigungsgesetze und dem Diktaturparagrafen 48 spielt, und als man beabsichtigt, die kommenden Wahlen im Zeichen des Schicksals, und wenn nötig, auch blutigen Terrors gegen die kommunistische Partei durchzuführen.

Neben dieser Erkenntnis ist noch wichtig, daß es Hindenburg schmeichelt gelungen ist, zwischen dem Zentrum, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in sämtlichen politischen Streitfragen und die Ansprüche an der kapitalistischen und pfäffischen Macheliquen miteinander in Einklang

zu bringen und zu bestreiden. Wo bleiben die sozialdemokratischen und demokratischen Lügen über den Zerfall des Bürgerblocks, über die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen im Frühjahr? Diese Lügen sind endgültig erledigt, man kann fast sagen: das Bürgerblockkabinett steht heute fester da, als das in den letzten Monaten je der Fall gewesen ist. Es hängt jetzt alles ab von der Kraft der außerparlamentarischen Kampffront der Arbeiter, Angestellten und Beamten, des Mittelstandes und der kleinen Bauern. Nur die außerparlamentarische Massenaktion kann diesen Bürgerblockregiment hinweglegen und die Bürgerblockregierung kürzen.

### Um die Auflösung des Landtags

Antrag des Zentrums und der USP beim Staatsgerichtshof

Es wird mitgeteilt, daß die USP und das Zentrum beim Staatsgerichtshof einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht haben. Diese Klage soll bereits Anfang Januar eingegeben sein. Juristen bei der sächsischen Regierung sollen erklärt haben, eine solche Klage sei von Erfolg. Ministerpräsident Heßelt bemüht sich deswegen, das Zentrum zur Zurücknahme der Klage zu bewegen.

Bei den Hausbesitzern war es der Koalition gelungen, diese zu bewegen, daß die Einbringung eines Antrages zu verzichten. Die Bestätigung über die Richtigkeit der obigen Meldung liegt noch nicht vor.

Die Arbeiterschaft in Sachsen hat alles Interesse daran, daß dieser Landtag aufgelöst wird. Die KPD kämpfte ständig für die Auflösung. Es handelt sich aber für die Arbeiter nicht um eine juristische, sondern um eine politische Angelegenheit. Die KPD verschanzte sich nicht hinter dem Staatsgerichtshof, sie organisierte die außerparlamentarische Massenaktion. Sie wird diese Aktion zum Kampf um die Auflösung des Landtages weiter betreiben, ganz gleichgültig, zu welcher Entscheidung der Staatsgerichtshof kommt, oder ob es Heßelt nochmals gelingt, die Klage abzuwehren.

## Brauns wagt keine Verbindlichkeitserklärung

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrigen Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks sind wiederum gescheitert. Im Laufe dieser Verhandlungen beantragten die Vertreter der mitteldeutschen Metallindustrien die Verbindlichkeit des in diesem Tarifkonflikt gefällten Schiedspruchs, der hauptsächlich nur eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde vorsieht. Auch diesmal wagt der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nicht, diesen Schiedspruch verbindlich zu erklären. Die Höhe der Forderungen der Gewerkschaften bezeichnet er aber auch als völlig undiskutabel. Ein Kompromißvorschlag wurde von der Verhandlungskommission der Streitenden abgelehnt. Mit dieser Ablehnung sind die Verhandlungen gescheitert.

Die Meldung, daß es der Bürgerblockminister auch bei den gestern stattgefundenen Verhandlungen noch nicht gewagt hat, den erbärmlichen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, muß für die Metallarbeiter die Veranlassung sein, vom DMB die sofortige Verbreiterung der Kampffront zu erzwingen. Der Druck auf die Industriellen muß verstärkt werden, wenn der aussichtsreiche Kampf nicht in wenigen Tagen mit einem neuen Kompromiß abgewürgt werden soll. Auch wenn der Reichsarbeitsminister es wagen sollte, nach einem neuen Schiedspruch den Kampf durch Verbindlichkeitserklärung abzuwürgen, muß die Metallarbeiterfront trotz der Verbindlichkeitserklärung die Durchsetzung ihrer Forderung erkämpfen. Die Bürgerblockregierung, die jetzt den berüchtigten Antistreitgeneral Groener, der während des Krieges erklärte: „Ein Hundsfott, wer streift“, zum Reichswehrminister ernannte, steht in diesem Kampfe vollkommen auf der Seite der Industriellen. Die Ernennung des Scharfmahrgenerals kennzeichnet die Verschärfung des reaktionären Kurses der Bürgerblockregierung gegen die Arbeiter. Die Antwort der Arbeiter auf die Provokation muß in der Verbreiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe liegen. Der Widerstand der Reformisten gegen die Verbreiterung der Kampffront muß gebrochen werden. Nur

dann wird es möglich sein, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, wenn die Arbeiter Schluß machen mit der reformistischen Niederlagenstrategie, die jeden Kampf der Arbeiter einzeln abwürgt und mit ihrer Zustimmung zu dem Schlichtungsverfahren jede Kampfinitiative bei der Arbeiterschaft erstirbt.

### Gute Kampfstimmung

Magdeburg, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Lage im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik hat sich nicht wesentlich geändert. Die Streikenden sind voller Kampfbereitschaft gegenüber etwaigen faulen Kompromißvorschlägen seitens des Reichsarbeitsministeriums und der Reformisten. Die Streikversammlungen sind überfüllt. Die Vertrauensmännerführung der 2000 Mann starken Belegschaft der Metallwerkstatt Heuthe in Magdeburg hat einstimmig beschlossen, von der Verwaltung des DMB zu fordern, daß die ganze Belegschaft in den Kampf gestellt wird. Die reformistische Zeitung des DMB hat ohne Angabe von Gründen abgelehnt, die Streikgenehmigung zu erteilen, wie sie überhaupt jede Verbreiterung der Kampffront nach wie vor sabotiert.

### Die Lage in Lauchhammer

Leipzig, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 17. Januar fanden in Riesa, Gröba und Gröbich Versammlungen der streikenden Hüttenarbeiter statt, in denen mitgeteilt wurde, daß die in Dresden erfolgten Verhandlungen resultatlos gescheitert sind. Die Arbeiter sind durch das Verhalten der Unternehmer außerordentlich erbittert. Durch den Streik der Metallarbeiter in Halle, Anhalt und Magdeburg hat der Kampf in Riesa-Gröbich für die Metallarbeiter eine neue Bedeutung erfahren.

Der Bezirksleiter des DMB Dresden ist auf Grund der resultatlosen Verhandlungen nunmehr nach Stuttgart gefahren, um beim Hauptvorstand des DMB die Verbreiterung des Kampfes durchzusetzen, d. h. die Hineinziehung sämtlicher Werke des Lauchhammerkonzerns.

**Siegfried Räder**  
spricht am Sonntag in der  
Lenin-Liebkecht-  
Luxemburg-Kundgebung  
im  
**ZIRKUS SARRASANI**  
Ostfachsen  
Kunst und Wissen